Kommunalwahl Frankfurt 2021

Fragen des BUND Frankfurt und Antworten von CDU, Grüne, SPD und FDP

Frage 10: In welcher Weise wollen Sie die Digitalisierung in der Stadt vorantreiben? Welche Möglichkeiten sehen Sie, den mit der verstärkten Digitalisierung einhergehenden erhöhten Energiebedarf durch den Ausbau erneuerbarer Energien zu kompensieren? Welche Vorkehrungen werden Sie treffen, um die dadurch erforderlichen komplexen digitalen Netzwerke vor unlauteren Eingriffen zu schützen?

GRÜNE:

Die Zukunft, sowohl der privaten Wirtschaft wie auch der öffentlichen Hand, ist geprägt von Digitalisierung. Wie alle technischen Entwicklungen birgt die Digitalisierung Risiken und Chancen. Wir müssen über Rahmensetzung sicherstellen, dass die Chancen genutzt und die Risiken vermieden werden. Wir GRÜNE sind für klimafreundliche Planungen und eine Energiewende. Auch in der Wirtschaft. Das gilt auch für die Boombranche in Frankfurt: die Rechenzentren. Frankfurt ist der größte Internetknotenpunkt in Europa und daher attraktiv. Dabei gilt es, gemeinsam mit den Akteur*innen die Energieeffizienz zu optimieren und zum Beispiel lokal erzeugte erneuerbare Energie und die Abwärme zu nutzen. Beispielhaft verweisen wir auch auf Beschlüsse aus den vergangenen Jahren: Antrag der Koalition NR454 vom 08.11.2012:

„(Der Magistrat wird gebeten, in einer dezernatsübergreifenden Zusammenarbeit) …alle Anstrengungen für maximale Energieeffizienz der digitalen Infrastruktur- Unternehmen und Rechenzentren zu unternehmen, z.B. durch Wettbewerbe, Zusammenarbeit mit den branchenaffinen Klimatechnikunternehmen, dem Energiereferat, den Hochschulen und anderen Unternehmen räumlicher Nähe, die beispielsweise Abnehmer der produzierten Wärme werden könnten.“

Dem Gewerbeflächenentwicklungsprogramm Nr1368 vom 14.01.2021 haben wir folgende Maßgaben hinzugefügt: „... dass dieser Standort nur für kleinteilige Gewerbebetriebe in Frage kommt, ist vorab zu überprüfen, ... Die Ansiedlung von Rechenzentren und großflächigem Einzelhandel sind in einem möglichen Gewerbegebiet „Züricher Straße“ planungsrechtlich auszuschließen.“ „Um eingeschränkt emittierenden Gewerbebetrieben, die auf eine eher innerstädtische Lage angewiesen sind wie z.B. manche Handwerksbetriebe / Handwerkerhöfe, in der Flächenkonkurrenz mit Rechenzentren größere Chancen einzuräumen, wird der Magistrat gebietsspezifisch nach entsprechender planungsrechtlicher Ausweisung und ortsbezogener Begründung hierzu jeweils die Ausübung des Vorkaufsrechts anstreben. Dies gilt auch für den obengenannten Standorttyp Stadtteilgewerbe.“

In der von uns initiierten Klimaallianz (M199, 2019) ist eine der vereinbarten Maßnahmen: „Wir untersuchen, in wie weit der Anschluss von industriellen Abwärmequellen (z.B. Rechenzentren) an das Fernwärmenetz oder – bei zu niedriger Vorlauftemperatur - die Nutzung in der unmittelbaren Nähe technisch möglich ist und rechtlich vorgeschrieben werden kann. Wo möglich, werden solche Anschlüsse vorgegeben.“

CDU:

Wir wollen die Digitalisierung zur Vereinfachung von Verwaltungsprozessen, für Visualisierungskonzepte im Rahmen der Stadtentwicklung, für Bürgerbeteiligung, für Information über Barrierefreiheit im ÖPNV, für verkehrsmittelübergreifende Mobilität, kurz: für viele Smart-City-Anwendungen nutzen. Es soll ein Dezernat „Digitale Strategien“ mit einer /einem Chief Digital Officer eingeführt werden. Digitalisierung ist eine Führungsaufgabe in der Verwaltung. Open-Source-Lösungen müssen ausgeschöpft werden.

Wir müssen die ganze Palette an Möglichkeiten nutzen, um den Energiebedarf zu decken: den Ausbau von erneuerbaren Energien und konsequentes Energiesparen. Die Abwärme von Rechenzentren soll genutzt werden, um Büros und Häuser zu heizen. Die Photovoltaik muss mehr genutzt werden, alle geeigneten städtischen Gebäude sollen PV-Anlagen erhalten. Außerdem kann außerhalb des Stadtgebiets erzeugte erneuerbare Energie eingesetzt werden.

Der Cybersicherheit muss höchste Priorität eingeräumt werden. Es soll ausschließlich vom Bundesamt für Informationstechnik zertifizierte Hardware zum Einsatz kommen.

SPD:

Wir wollen unverzüglich so viele Leistungen der Bürgerämter digitalisieren wie möglich. Dazu brauchen wir eine zentrale koordinierende Stelle mit umfassenden Durchgriffsrechten. Die SPD fordert daher ein Digitalisierungsdezernat, das einen Chief Digital Officer einsetzt. Die aktuellen Strukturen sind ungeeignet und die unzureichenden Ergebnisse bei der Digitalisierung der Stadtverwaltung bestätigen das.
Wir erwarten im Zuge der Digitalisierung einen spürbaren Rückgang von Auto- und Flugverkehr. Gerade beim innerdeutschen Flugverkehr planen viele Unternehmen auch nach der Corona-Pandemie auf Videokonferenzen statt Geschäftsreisen zurückzugreifen.

Die Sicherheit der digitalen Netzwerke sicherzustellen wird eine Kernaufgabe des Chief Digital Officers.

FDP:

Digitalisierung gestaltet die öffentliche Verwaltung um. Wichtig ist hier, nicht einfach die bestehenden Verwaltungsakte auf elektronische Formulare umzustellen, sondern Stadtverwaltung völlig neu zu denken. Sichere und wohldefinierte technische Schnittstellen werden notwendig, um die Kommunikation zwischen Bürgern und Verwaltung neu zu gestalten: Bürger werden so von Bittstellern zu Partnern. Die FDP Frankfurt fordert deshalb in ihrem Wahlprogramm z.B. „Digitale Bürgerämter“, mit denen sämtliche Verwaltungsvorgänge digital erledigt werden können. 2026 sollen Bürger nicht mehr in Bürgerämtern vorsprechen müssen. Die Schulungen zu den Verwaltungsprogrammen werden den Bürgern kostenfrei angeboten. Wir wollen uns stark machen für eine Open-Government-Offensive und die Programmierung einer e-Government-App. Die Bürger sollen so Zeit sparen und

Behördengänge wie Einwohnermeldesachen, Autokennzeichen, Führerscheine, Geburtsurkunden, Elterngeld und Kindergeld in einer App schnell und unkompliziert beantragen können. Wie hoch der Nachholbedarf gerade der öffentlichen Verwaltung in Sachen Home-Office ist, belegt gerade die aktuelle Corona-Krise. Verglichen mit privaten Arbeitgebern zeigen sich in der technischen Ausstattung der öffentlichen Verwaltung deutliche Defizite, die in den nächsten Jahren dringend behoben werden müssen.